



„Ich wollte einige kleinere Reparaturarbeiten an meinem Haus vornehmen. Doch nun wird daraus vorerst nicht. Ich brauche das ersparte Geld, um die Ausgleichsbeträge zu bezahlen“, bedauert Jens-Uwe Doodt. Er wohnt mit seinen beiden Kindern Frauke und Michael in der Okko-ten-Broek-Strasse in einem älteren Haus mit großem Grundstück.

Gerhard Leuschner (links vor seinem Haus Auf der Lübsche) gehört ebenso wie Dieter Diesmann, Johannstraße, zur Bürgerinitiative gegen die Soziale Stadt. Froh ist Leuschner zwar, dass die Ausgleichsbeträge gedeckelt wurden. Jedoch sieht der Eigentümer des 956 Quadratmeter großen Grundstücks es nicht ein, in die Tasche greifen zu müssen.

„Ich bezahle für etwas, das ich nicht will. Meine Lebensqualität wird nicht besser, mein Haus nicht schöner.“ Lothar Kröger ist gegen die Investitionen in der Sozialen Stadt. Er selbst will sein Haus am Hoellernweg nicht renovieren, und als Alleinstehender nutzt er die neu geschaffenen Einrichtungen, wie beispielsweise den Ledatreff nicht.

„Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Soziale Stadt“, sagen Dorothee und Wilfried Neeßen, hier mit Tochter Swantje. „Aber wir hätten schon gehofft, dass wir weniger bezahlen müssen“. Die Neeßens kauften 1994 ihr Haus an der Ulrichstraße und renovierten es komplett. „Damals hätten wir eine Zuschussung zur Sanierung gut gebrauchen können“, sagen sie.

Abwarten ob's billiger wird

Ablösung von Ausgleichsbeträgen für Grundstücke in der Sozialen Stadt Leer

Von Doris Zuidema

LEER. Nun ist es amtlich: Die Bezirksregierung stimmt der Ablösung von Ausgleichsbeträgen zu. Damit seien die Interessen der Eigentümer an einer frühzeitigen Rechtssicherheit im Hinblick auf deren Höhe befriedigt worden, heißt es in einer Pressemitteilung.

Die Hauseigentümer können also jetzt zahlen oder aber bis zum Abschluss der Maßnahmen in etwa zehn Jahren warten. „Dann kann es teurer oder billiger werden“, so Ulrich

Tarp vom Sanierungsbüro. Die angegebenen Zahlen seien überdies Durchschnittswerte. Die tatsächliche Wertsteigerung eines Grundstücks müsse im Einzelfall geprüft werden. „Wir versuchen aber, nicht über die genannten Beträge zu kommen“, versichert Tarp.

Froh sind die Hauseigentümer, endlich Zahlen an die Hand bekommen zu haben, mit denen sie kalkulieren können. Vorzeitig ablösen will allerdings kaum jemand. „Erst mal abwarten“, lautet die De-

vis. „Vielleicht wird's doch noch billiger.“

Viele Bürger haben aber immer noch das Gefühl, von der Stadtteilsanierung nicht zu profitieren. Wer selber einen Zuschuss haben möchte, muss das Haus von einem Gutachter überprüfen und im Zuge der Sanierung alle Mängel beheben lassen. Mit einem neuen Dach oder einer neuen Heizungsanlage allein ist es vielfach nicht getan. Überdies gibt es Mindestsummen für eine Förderung, die sich aus der

Bruttogeschossfläche des jeweiligen Hauses ergeben. Kleinere Renovierungsarbeiten fallen somit aus der Förderung heraus. Wer einen Zuschuss will, der muss auch ordentlich investieren.

Das geht ins Geld, das viele nicht haben, insbesondere im Hinblick auf die noch zu zahlenden Ausgleichsbeträge. So nahmen von ursprünglich fast 40 renovierungswilligen Privatleuten die meisten wieder Abstand von der Sanierung mit 20prozentigem Zuschuss.